

INITIATIVE HOHER ODENWALD e.V.

Gemeinnütziger Verein für Landschaftsschutz und Erhalt der Artenvielfalt
Postfach 1148
69428 Waldbrunn
Mail: initiative@hoher-odenwald.de
Web: www.hoher-odenwald.de



IHO e.V. * Postfach 1148 * 69428 Waldbrunn

Frau
Ministerin Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
11055 Berlin

27. Januar 2017

Ihre Aussagen zu Windenergie und BNatSchG bei 'Hart aber Fair', 23.01. 2017

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hendricks,

wir möchten hiermit anfragen, warum Sie in der genannten TV-Sendung 'Hart aber Fair' am 23.01.17 Behauptungen aufstellen, "das Wort Windenergie kommt in dem Gesetzesentwurf überhaupt nicht vor" (Originalton 1:12:05), es gebe "im BNatSchG keine Privilegierung für Windenergie" und auf welche "höchstrichterliche Rechtsprechung" von 2015, die bei dieser angeblich Gesetzesnovellierung umgesetzt werden soll, Sie sich dabei berufen.

Im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit N II 1 – (70301/10-4) Gesetz zur Änderung d. Bundesnaturschutzgesetzes vom 01.12.2016 steht bei Nummer 5, Satz 2, Nr. 1 (Seite 16) wörtlich:

"Zudem kann auch für Vorhaben privater Träger die Ausnahmvorschrift des § 45 Absatz 7 Satz 1 Nummer 5 in Anspruch genommen werden, wenn zugleich hinreichend gewichtige öffentliche Belange ihre Realisierung erfordern. Im Bereich der Windkraftanlagenerrichtung besteht ein über die Zielsetzung des EEG 2017 vermitteltes öffentliches Interesse an der weiteren nachhaltigen Entwicklung der Energieversorgung und an der Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch auf 40-45 % im Jahr 2025 und 55-60 % im Jahr 2035."

Handelt es sich hier um "alternative Fakten"? Falschdarstellungen dieser Art, der Gesetzesentwurf und insbesondere die gehäuften Genehmigungen für ganze Windparks in und nahe von Landschaftsschutz-, FFH- und EU-Vogelschutz-Gebieten, die dem geltenden BNatSchG eklatant entgegenstehen (nach dem Motto "wo kein Kläger da kein Richter"), die unsere schönsten Landschaften und Höhenzüge zerstören und dennoch keinen nachweisbaren öffentlichen Nutzen erbringen (Strom- und Energieerzeugung, Volkswirtschaft, Klimaschutz durch CO₂-Senkung), untergraben das Vertrauen in die derzeitige Regierung und in die Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Hahl, 1. Vorsitzender

Dr. Dorothea Fuckert, 2. Vorsitzende